



16. bis 19. Mai 2020

25. Bundeskongress der DPolG – ausgefallen? Nein, nur verschoben!

Der 25. Bundeskongress der DPolG sollte im Mai 2020 in Berlin stattfinden, ein neuer Vorstand gewählt werden.

Wie so viele andere Veranstaltungen ist auch der Bundeskongress aufgrund der immer noch andauernden Corona-Pandemie ausgefallen.

Eine Alternative zur Wahl des neuen Bundesvorstandes musste gesucht werden und wurde auch gefunden.

Der neue Vorstand ist gewählt, das Ergebnis den Delegierten der DPolG mitgeteilt.

Am 19. Januar 2021 wurde im Rahmen eines virtuellen Bundeskongresses der neue Vorstand vorgestellt.

Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft gratuliert auf diesem Wege dem alten und neuen Bundesvorsitzenden Rainer Wendt und seinem Team für das herausragende Ergebnis.

Für die DPolG Bundespolizeigewerkschaft ist unser Bundesvorsitzender Heiko Teggatz angetreten und als Stellvertreter in die Bundesleitung gewählt worden. Ein tolles Ergebnis für unseren Fachverband Bundespolizei. Bereits vor den Wahlen wurde durch die Delegierten über verschiedene Satzungsänderungen schriftlich abge-

stimmt, unter anderem über die zukünftige Zusammensetzung des Bundesvorstandes. Teil des Bundesvorstandes sind nun auch die Vorsitzenden der Landes- und Fachverbände der DPolG. Unser Bundesvorsitzender Heiko Teggatz ist gewähltes Mitglied der Bundesleitung und somit auch im Bundesvorstand. Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft kann aus diesem Grund eine weitere Vertreterin oder einen Vertreter in den Bundesvorstand entsenden.

Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft freut sich über ein solch gutes Ergebnis. Die Interessen der Bundespolizei werden somit von zwei Vertretern in den Bundesvorstand der DPolG eingebracht.



© DPolG

> Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender

Wir konnten in den letzten Jahren einen enormen Zuwachs an Neumitgliedern verbuchen. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass wir mittlerweile der drittgrößte Verband innerhalb der DPolG sind. Wir möchten diese gute Entwicklung im Bereich der Mitgliedergewinnung weiter fortsetzen, gestärkt durch den neuen Bundesvorstand der DPolG. ■

Regierungskoalition einigt sich auf einen Kompromiss zur Novellierung des Bundespolizeigesetzes

DPolG Bundespolizeigewerkschaft zeigt sich wenig euphorisch

Impressum:

Redaktion:

Dirk-Ulrich Lauer

Tel.: 0173.2663575

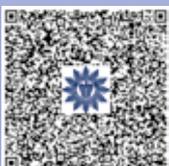
dirkulrich.lauer@dpolg-bpolg.de

Geschäftsstelle und Redaktion:

Seelower Str. 7

10439 Berlin

ISSN 0943-9463



Medienberichten zufolge soll sich die Regierungskoalition auf einen Kompromiss in Sachen Novellierung des Bundespolizeigesetzes (BPolG) geeinigt haben. Ein entsprechendes Eckpunktepapier soll diverse Änderungen, wie beispielsweise:

- > die Erweiterung der Zuständigkeit für den unerlaubten Aufenthalt auf das gesamte Bundesgebiet,
- > die Erweiterung der Zuständigkeit der Bundespolizei auf

- Verbrechenstatbestände bei Eigentumsdelikten und
- > die Erweiterung der Befugnisnorm zur Quellen-TKÜ beinhalten.

„Leider vermissen wir maßgebliche Änderungen und Befugnisserweiterungen, die die Bundespolizei im 21. Jahrhundert hätte ankommen lassen!“, sagt Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der DPolG Bundespolizeigewerkschaft.

- > Die Erweiterung des 30 Kilometerbereiches, als dringende Voraussetzung für eine effektivere Grenzführung,
- > eine Befugnisnorm für Onlinedurchsuchungen, als eine notwendige Maßnahme für eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung sowie
- > eine Befugnisnorm für elektronische Gesichts-, Verhaltens- und Kennzeichenerkennung, als elektronische Fahndungsunterstützung >



sollen nach internen Informationen vonseiten der SPD nach wie vor verhindert worden sein. „Wer parteipolitische Ideologien vor die Expertisen von Sicherheitsexperten stellt, spielt mit dem Feuer“, mahnt Teggatz.

Auslöser für die beabsichtigte Novellierung des Bundespolizeigesetzes waren die Ermittlungen im Fall Anis Amri, der 2016 für die Planung und Durchführung des Terroranschlages auf den Berliner

Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz verantwortlich war.

Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft zeigt sich enttäuscht über diesen „faulen“ Kompromiss!

„Die Bundesregierung ist auf dem besten Weg, eine tatsächliche Stärkung der Sicherheitsarchitektur in Deutschland zu verpassen.“, so der Gewerkschaftschef weiter.

DPolG Bundespolizeigewerkschaft zur Änderung des Bundespolizeigesetzes (BPOLG)

Spiel mit dem Feuer:
Parteipolitische Ideologien
vor sachlicher Expertise!



Fahrradleasingverträge „Jobrad“

Mit der Tarifeinigung 2020 haben sich die Tarifvertragsparteien darauf verständigt, Öffnungsklauseln für eine Entgeltumwandlung zur Finanzierung von Fahrradleasing zuzulassen. Die Einzelheiten und Kosten sind dann über die individuellen Leasingverträge zu regeln.

Bei der Entgeltumwandlung für Fahrradleasingverträge handelt es sich nicht um eine zusätzliche Entgeltzahlung des Arbeitgebers, sondern um monatliches Entgelt des Arbeitnehmers, welches direkt in einen Fahrradleasingvertrag einbezahlt wird.

Einen ausformulierten Tarifvertragstext oder Durchführungshinweise gibt es dazu noch nicht. Die Tarifvertragsparteien hatten bis 26. November 2020 eine Erklärungsfrist vereinbart, bis zu der die Tarifvertragsparteien noch von der

Einigung hätten zurücktreten können.

Das Fahrradleasing könnte nun folgendermaßen umgesetzt werden:

Die Arbeitnehmer schließen einen Vertrag mit einem Anbieter für Fahrradleasing ab und beantragen beim Arbeitgeber, dass dieser Anteile des monatlichen Entgeltes umwandelt und direkt in diesen Vertrag einzahlt.

Dazu behält der Arbeitgeber vom Bruttoentgelt, vor Ver-

steuerung, den vereinbarten Betrag ein und zahlt diesen in den Vertrag ein. Für die Altersvorsorge dürfen derzeitig zum Beispiel bis zu 150 Euro des monatlichen Entgeltes umgewandelt und in entsprechende Altersvorsorgeverträge eingezahlt werden.

Bei der Entgeltumwandlung handelt es sich um ein Sozialabgaben- und Steuereinsparmodell. So zahlen die Arbeitgeber, aber auch die Arbeitnehmer auf den umgewandelten Betrag keine Sozialabgaben und Steuern. Dies führt zum Beispiel bei der Rentenversicherung zu geringeren Beiträgen und damit zu einer geringeren Rente.

Ebenfalls gilt zu beachten, dass Arbeitnehmer möglicherweise die Leasingrate selber einzahlen müssen, wenn diese zum Beispiel wegen einer längeren



> Peter Poysel

Erkrankung kein monatliches Entgelt mehr erhalten und damit auch kein Entgelt umgewandelt werden könnte.

Vor Vertragsabschluss ist es ratsam, sich über steuerliche Regelungen zu informieren. Stichworte: geldwerter Vorteil bei der Nutzung eines Dienstrades, Vorkaufsrecht im Leasingvertrag, Kauf des Rades am Ende des Leasingvertrages, wem gehört das Leasingrad und so weiter.





Überstunden vor Kappung oder Verfall schützen!

BMI ebnet den Weg für die Einführung von Langzeitkonten in der Bundespolizei

Mit der Änderung des § 7 a AZV besteht nun auch für die Bundespolizei die Möglichkeit, „Langzeitarbeitszeitkonten“ einzurichten und damit Überstunden, die gegebenenfalls der Kappung (Gleitzeit) oder dem Verfall (§ 88 BBG, § 11 BPolBG) unterliegen, auf dem Langzeitkonto zu sichern.

Die DPolG Bundespolizeigewerkschaft begrüßt diesen ersten Aufschlag ausdrücklich, geht allerdings auch davon aus, dass die eine oder andere Stellschraube in der Umsetzung noch „nachjustiert“ werden muss.

Konkret bieten sich für die Kolleginnen und Kollegen mit Inkräfttreten dieser neuen Regelung folgende Möglichkeiten:

- > Angefallene „Überstunden“ können bis zu vier Wochen (in begründeten Ausnahmefällen bis zu zwölf Wochen) rückwirkend, in einer Anzahl von drei Stunden wöchentlich auf das Langzeitkonto gebucht werden. Da bei der Anzahl der „Überstunden“ von einer erhöhten Wochenarbeitsbelastung ausgegangen werden muss, erhöht sich die wöchentliche Arbeitszeit

rückwirkend um die Anzahl der Stunden, die dann auf das Langzeitkonto gebucht werden. (maximal drei Stunden pro Woche). Durch diesen Trick handelt es sich bei diesen Stunden weder um Gleitzeitstunden, Mehrarbeit, Überzeitarbeit oder weiß der Kuckuck, was es da sonst noch für Definitionen gibt. **Wichtig: Für die Bemessung von Urlaub, Krankheit und so weiter bleibt es bei der regulären wöchentlichen Arbeitszeit von 41 beziehungsweise 40 Stunden.**

- > Zusätzlich zu den drei Stunden wöchentlich können im Jahr bis zu 40 Stunden Mehrarbeit (§ 88 BBG) auf das

Langzeitkonto gebucht werden.

- > Insgesamt dürfen sich auf dem Langzeitkonto nicht mehr als 1400 Stunden angespart werden.

Mit diesem Modell könnten demnach theoretisch jährlich nahezu 200 Überstunden vor der Kappung oder dem Verfall gerettet werden!

Die Entscheidung darüber, ob und wie lange unsere Kolleginnen und Kollegen von einem Langzeitkonto Gebrauch machen wollen, trifft jeder für sich alleine. Es handelt sich also um ein Angebot des Dienstherrn, welches freiwillig genutzt werden kann. ■

#WiranDeinerSeite

=> Langzeitarbeitszeitkonten in der Arbeitszeitverordnung (AZV) neuer § 7a AZV



> rückwirkende Buchung von Überstunden auf ein Langzeitkonto

> theoretisch bis zu ca. 200 Std im Jahr

> bis zu zu einem Maximum von 1400 Std gesamt

weitere Infos: www.dpolg-bpolg.de
@DPoIGBPoIG (FB)





Bezirksverband Baden-Württemberg

Führungswechsel an der Spitze des Bezirksverbandes Baden-Württemberg

Nach vielen Jahren in Amt und Würden beendete Jürgen Zimmermann am 31. Dezember 2020 eine Ära in der DPOLG Bundespolizeigewerkschaft als Vorsitzender des Bezirksverbandes Baden-Württemberg.

Jürgen Zimmermann verabschiedete sich, nicht ganz freiwillig, denn seine Dienstzeit endete nach mehr als 40 Jahren und er darf nunmehr seinen wohlverdienten Ruhestand genießen.

Damit wurde auch, bereits von langer Hand vorbereitet, der Führungswechsel im Bezirksverband Baden-Württemberg der DPoLG Bundespolizeigewerkschaft vollzogen.

Bereits im Januar 2019 wurden die wesentlichen Weichen für einen harmonischen Übergang gestellt, der „Neue“, Mario Sängler, tritt in große Fußstapfen, welche



> Mario Sängler

Jürgen unbestritten hinterlässt.

Seit dem 1. Januar 2021 hat Mario Sängler, vorerst kommissarisch, den Bezirksverband übernommen.



> Jürgen Zimmermann

Beim Abschied von Jürgen gaben sich beide ein Versprechen:

Mario Sängler wird den BV im Sinne von Jürgen weiterführen, obwohl er nicht alles unverän-

dert lassen wird. Denn neue Besen kehren bekanntlich gut.

Jürgen wiederum versprach, allgegenwärtig zu sein, um bei Fragen, Problemen mit Rat und Tat dem Neuen zur Seite zu stehen.

Wer Jürgen ein letztes Mal als Bundespolizeigewerkschafter sehen wollte, hatte beim virtuellen Bundeskongress am 19. Januar 2021 die Gelegenheit dazu. Da wird er uns ein letztes Mal mit seinem Wissen rund um die haushälterischen Aspekte in Staunen versetzt.

Jürgen, auf diesem Weg wünschen wir dir für deinen neuen Lebensabschnitt alles Gute, Gesundheit und immer einen grünen Daumen.

DEINE Mitstreiter aus dem BV Baden-Württemberg

Der Ortsverband Erfurt der DPoLG Bundespolizeigewerkschaft spendet an das Kinderdorf

Eine schöne Überraschung ist dem Ortsverband Erfurt gelungen. Der Vorsitzende des Ortsverbandes Erfurt und der Vorsitzende der JUNGEN POLIZEI, beide Angehörige der Bundespolizeiinspektion Erfurt, besuchten im Dezember das Kinderdorf in Erfurt und hatten einige Geschenke im Rucksack. DPoLG-Adventskalender für die 41 Kinder und Jugendlichen, die derzeit im

Kinderdorf leben, sowie einen Airhockey-Tisch zum spielerischen Austoben in Lockdown-Zeiten.

Aber das war noch nicht alles – die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizeiinspektion Erfurt folgten dem Spendenaufruf der DPoLG Bundespolizeigewerkschaft und spendeten einen Betrag in Höhe von 665 Euro.



> OV Erfurt bei der Übergabe an das Kinderdorf Erfurt



Bezirksverband Bundespolizeipräsidium

Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte im Bundespolizeipräsidium, Nicole Lange, stellt sich vor!

Im Dezember 2020 wurden die Gleichstellungsbeauftragte und deren Vertreterinnen im BPOLP gewählt. Zur Wahl stand auch Nicole Lange, die Gleichstellungsbeauftragte (GleiB) des Bezirksverbandes (BV) BPOLP.

Bereits seit einigen Jahren ist Nicole im BV BPOLP der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Gleichstellungsbeauftragte. Innerhalb der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft engagiert sie sich auf gewerkschaftlicher Schiene schon seit Längerem für die Themen der Gleichstellung. Die DPoIG-Frauen stehen in regelmäßigem Austausch über aktuelle Themen rund um die Bundespolizei und deren Beschäftigte. Sie kämpfen für Verbesserungen, unter anderem für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, damit diese Verbesserungen auch umgesetzt werden und nicht nur auf dem Papier stehen! Die DPoIG-Gleichstellungsbeauftragten sind sichtbar für euch und sprechen Themen an, die sonst niemand hören möchte!

Nach Auszählung der Stimmen stand fest, dass Nicole Lange zukünftig als stellvertretende GleiB die Interessen der Beschäftigten des BPOLP vertreten wird.

Zur Wahl an dieser Stelle unseren herzlichen Glückwunsch und viel Fortune für die Arbeit in der neuen verantwortungsvollen Aufgabe.

Nach den Fragen der Motivation an Nicole Lange erhielten wir folgende Antwort: „Durch meine medizinische Laufbahn und hohe soziale Kompetenz, Kolleginnen und Kollegen in herausfordernden Lebenslagen

zu unterstützen, war für mich klar, dass ich in dieser Position genau richtig bin, und habe mich deshalb zur Wahl gestellt.“

Wertschätzung und Chancengleichheit sind Stichworte, die im Sprachgebrauch von Nicole einen hohen Stellenwert besitzen. Benachteiligung von Kolleginnen und Kollegen, das geht gar nicht! Hierauf wird sie ein deutliches Augenmerk legen und immer ein offenes Ohr für die Beschäftigten des BPOLP haben.

Die Aufgabe der stellvertretenden GleiB ist selbstverständlich die Unterstützung der GleiB des BPOLP und eine zeitgemäße sowie moderne Gleichstellungspolitik nach dem Bundesgleichstellungsgesetz.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht erst seit der Pandemie ein wichtiger Punkt für Nicole, sondern war schon immer für sie wichtig und wird dies auch in Zukunft sein. Die Corona-Pandemie zeigt täglich, wie wichtig es ist, Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie auf Lager zu haben. Ein zentraler Punkt ist und wird die Telearbeit, das mobile Arbeiten, sein.

Aber wer ist Nicole Lange eigentlich? Sie ist 38 Jahre jung und seit Mai 2020 verheiratet. Neben ihrem Mann gehören zu ihrer Patchwork-Familie noch



> Nicole Lange, Gleichstellungsbeauftragte des Bezirksverbandes Bundespolizeipräsidium

zwei Töchter (10 und 15 Jahre). Zurzeit wohnen sie noch in Potsdam, mittelfristig hat die Familie vor, nach Michendorf, Ortsteil Wildenbruch, in ihr neu gebautes Haus zu ziehen.

Nicole ist gelernte Arzthelferin und hat nach ihrer Ausbildung für 6,5 Jahre als Zeitsoldatin bei der Bundeswehr gedient. Ihre dortigen Tätigkeiten waren sehr vielseitig, die Hauptaufgabe war die Leitung der „G-Karte“ sowie die Ausbildung von Soldaten im Bereich der Heilfürsorge. Es folgten Weiterbildungen als Qualitäts-

und Arbeitsschutzbeauftragte, Erste-Hilfe-Ausbilderin sowie eine Ausbildung zum AIR-MEDEVAC-Unteroffizier.

Nach Beendigung des Wehrdienstes nutzte sie die Chance, um für sechs Monate nach Norwegen auszuwandern. „Das Erlernen der norwegischen Sprache und die Arbeit in einer REHA-Einrichtung waren eine interessante Erfahrung“, so Nicole.

Seit Mai 2012 ist sie beim Bundespolizeipräsidium, im Referat 73 – Beihilfe, beschäftigt. ■



> Die Teilnehmerinnen der Gleichstellungskommission der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft (2019)



Bezirksverband Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen

„Auf zu neuen Ufern“

Unter diesem Motto verabschiedete der Bezirksverband Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen Ronald Denke am 27. November 2020 in seinen wohlverdienten Ruhestand.

Bei der Überreichung der Ruhestandsurkunde waren dienstliche, personalrätliche und gewerkschaftliche Wegbegleiter*innen anwesend und gaben damit den entsprechenden, würdigenden Rahmen für sein Wirken.

Als ehemaliger Oberleutnant der Transportpolizei (DGL) wurde Ronald Denke als POM in den Bundesgrenzschutz übernommen und hat sich im Laufe der Jahre wieder hochgearbeitet. Jetzt geht er als PHK (GL) der Bundespolizei in den Ruhestand.

Neben seinem dienstlichen Weg hat sich Ronald von Anfang an für die Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt.

Er war viele Jahre Mitglied im Personalrat der Bundesgrenzschutzinspektion Leipzig Hauptbahnhof und Mitglied

im Gesamtpersonalrat beim Bundesgrenzschutzamt Halle sowie später auch im Gesamtpersonalrat der Bundespolizeidirektion Pirna, wofür er als Mitglied im Bundesgrenzschutzverband-bgv und der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft kandidiert hat.

Mit der Neuorganisation der Bundespolizei wurde Ronald 2009 zum Vorsitzenden des Personalrates der nunmehr verschmolzenen Leipziger Dienststellen gewählt.

Diese Wahlfunktion wurde über die Jahre hinweg immer wieder durch die Kolleginnen und Kollegen in Leipzig bestätigt. Wegen des bevorstehenden Ruhestandes hat Ronald zu den Personalratswahlen 2020 für diese Funktion nicht wieder kandidiert.

Mit der Übernahme in den Bundesgrenzschutz hat

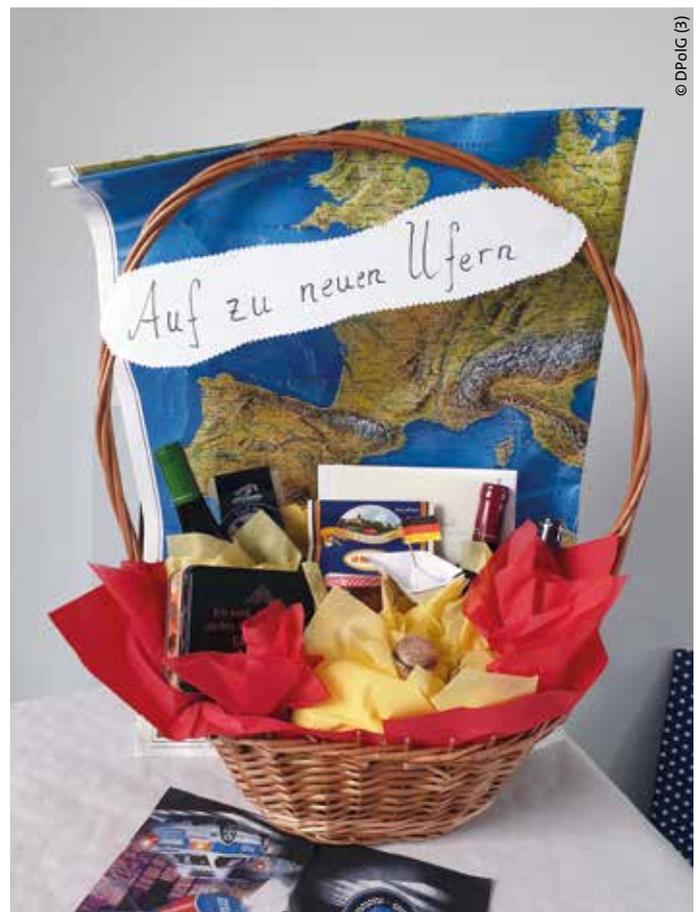


sich Ronald für die Schaffung gewerkschaftlicher Strukturen am Leipziger Hauptbahnhof engagiert und galt dort bis zum heutigen Tag als der Ansprechpartner für die Gewerkschaftsmitglieder. Mit der Neuorganisation der Bundespolizei übernahm Ronald 2009 den Vorsitz des neuen Bezirksverbandes

Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen bis 2019.

Ronald, wir sagen dir über diesen Weg vielen Dank für dein Engagement in der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und wünschen dir alles Gute für den neuen Lebensabschnitt!

*Lars Nedwed,
Bezirksverbandsvorsitzender*



© DPoIG (3)



FAIREAUSBILDUNG BUNDESPOLIZEI



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB
Bundespolizeigewerkschaft

☀ VERGÜTUNG DIENSTLICH
ANGEORDNETER FAHRTEN

☀ SCHAFFUNG VON
LAGERUNGSMÖGLICHKEITEN
FÜR PERSÖNLICHE
AUSSTATTUNG



#WIRANDEINERSEITE

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft

Bundesgeschäftsstelle Berlin • Seelower Straße 7 • 10439 Berlin

post.berlin@dpolg-bpolg.de

> Gedenktafel

In den letzten Monaten verstarben unsere Mitglieder

Karl-Heinz Kostka	geb. 05.01.1942	verst. 09.02.2020	Sen. RP/HE/SL
Reiner Ehrlich	geb. 26.11.1938	verst. 09.03.2020	Sen. BY
Michael Rösner	geb. 14.07.1955	verst. 27.11.2020	OV BAG Münster
Friedrich Arnoldt	geb. 04.02.1957	verst. 04.12.2020	Sen. RP/HE/SL
Anja Otte	geb. 09.07.1970	verst. 09.12.2020	OV Bad Bentheim
Franz Schwarzer	geb. 21.05.1956	verst. 25.12.2020	Sen. SN/ST/TH

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.